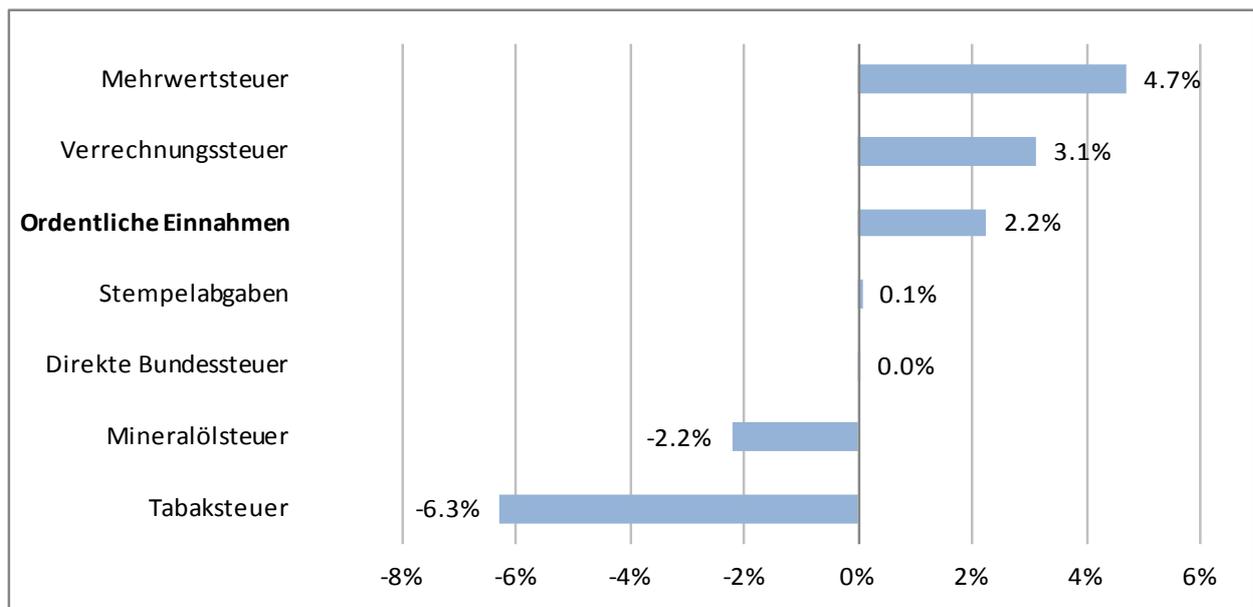




## Anhang zur Medienmitteilung zur Rechnung 2011

### Entwicklung der Einnahmen im Überblick

Entwicklung der Einnahmen im Vergleich zur Rechnung 2010



Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Einnahmen um 2,2 Prozent zu, leicht weniger als das nominelle BIP-Wachstum von 2,5% (aktuelle Schätzung). Die wichtigsten Einnahmen entwickelten sich wie folgt:

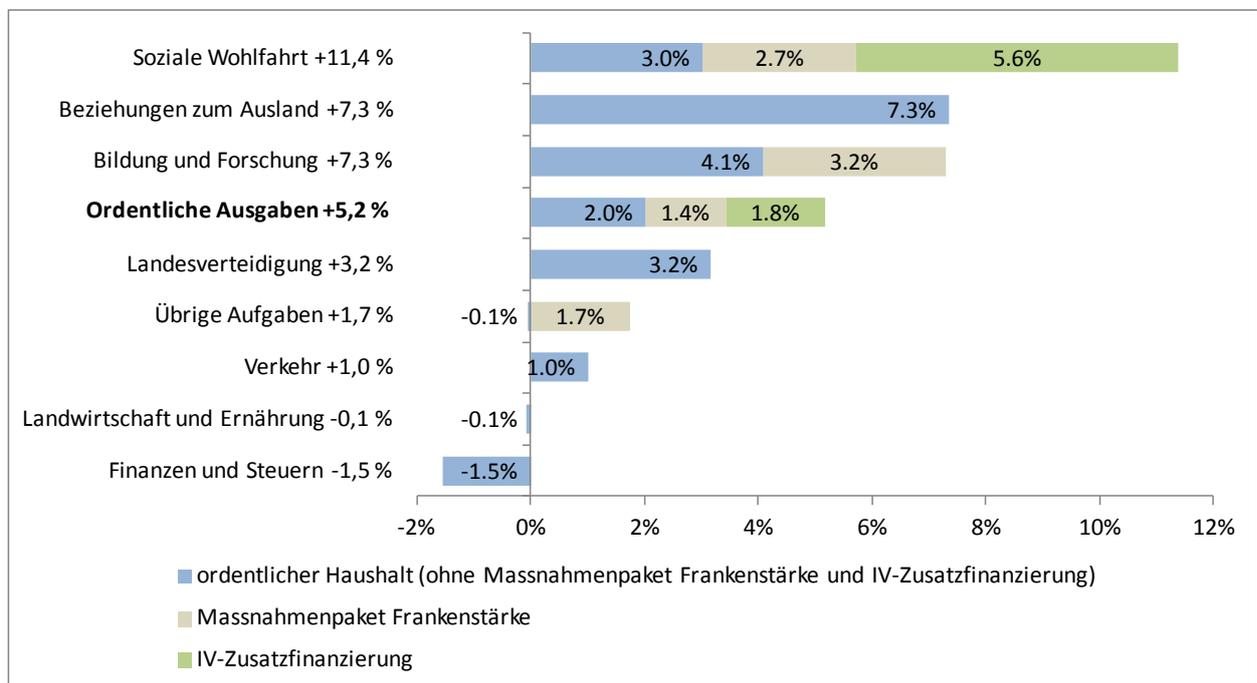
- Das starke Wachstum der **Mehrwertsteuereinnahmen** von 4,7 Prozent (+970 Mio.) ist primär auf die proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuersätze um 0,4 Prozentpunkte zu Gunsten der IV zurückzuführen. Gebremst wurde es durch die finanziellen Auswirkungen der Mehrwertsteuerreform (Teil A) und der Anpassung der Saldo- und Pauschalsteuersätze. Beide Massnahmen wurden bereits im Jahr 2010 eingeführt, hatten aber auch Auswirkungen auf die Einnahmen im Jahr 2011. Korrigiert um diese Sonderfaktoren beträgt das Wachstum rund 1,2 Prozent.
- Die Einnahmen des Vorjahres wurden bei der **Verrechnungssteuer** um 3,1 Prozent (+140 Mio.) übertroffen. Zwar waren die Eingänge rund 10 Prozent tiefer als 2010, was auch auf die mutmasslichen Mindereinnahmen infolge des Kapitaleinlageprinzips (KEP) zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite waren die Rückerstattungen noch etwas stärker rückläufig (-13 %). Positiv hat sich im Übrigen auch die Möglichkeit der Teilbesteuerung bei der direkten Bundessteuer ausgewirkt (Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung), die wie das KEP Teil der Unternehmenssteuerreform II war und Dividendenzahlungen begünstigt.
- Bei den **Stempelabgaben** gleichen sich ein gesteigerter Ertrag aus den Emissionsabgaben (infolge anhaltend niedriger Zinssätze und eines hohen Refinanzierungsbedarfs seitens der

Unternehmen, insbesondere der Banken) und geringere Einnahmen aus der Umsatzabgabe (geringeres Umsatzvolumen an den Börsen) aus.

- Die Einnahmen aus der **direkten Bundessteuer** liegen auf dem Niveau des Vorjahres. Die Steuern auf dem Einkommen der privaten Haushalte und jene auf den Unternehmensgewinnen haben sich gegensätzlich entwickelt. Der Rückgang von 3,2 Prozent bei den natürlichen Personen ist teilweise auf die Familiensteuerreform sowie den Ausgleich der Folgen der kalten Progression zurückzuführen. Beide Reformen traten per 1. Januar 2011 in Kraft. Umgekehrt widerspiegelt sich die dynamische Wirtschaftsentwicklung nach dem Krisenjahr 2009 in einer Zunahme der Steuern von juristischen Personen um 3,8 Prozent.
- Die Mindereinnahmen von 2,2 Prozent (-114 Mio.) bei den **Mineralölsteuern** dürften grösstenteils auf den unerwartet hohen Frankenkurs zurückzuführen sein, welcher sich negativ auf den Tanktourismus ausgewirkt hat.
- Der Einnahmerückgang bei der **Tabaksteuer** von -6,3 Prozent (-148 Mio.) ist einerseits der Steuererhöhung per 1.1.2011 – mit einer teilweisen Verlagerung der Verkäufe auf das Vorjahr – und andererseits dem wechselkursbedingten Rückgang der grenzüberschreitenden Verkäufe zuzuschreiben.

## Entwicklung der Aufgabengebiete im Überblick

Veränderung der ordentlichen Ausgaben im Vergleich zur Rechnung 2010<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bereinigt um die Kapitalisierung des Swiss Investment Fund für Emerging Markets (SIFEM AG), die 2011 zu einmaligen Einnahmen und Ausgaben von 416 Millionen führte, beträgt die Wachstumsrate der Ausgaben 4,5 Prozent. Die Wachstumsrate des Aufgabengebiets „Beziehungen zum Ausland“ ist um diesen Effekt bereinigt. Die Wachstumsrate des Verkehrs schliesst die Ausgaben des Fonds für Eisenbahngrossprojekte und des Infrastrukturfonds ein (Abweichung von der Aufgabensicht im Bundeshaushalt).

Die Gesamtausgaben des Bundes lagen 2011 um 5,2 Prozent<sup>1</sup> (3,1 Milliarden) höher als im Vorjahr. Zu diesem markanten Wachstum trugen insbesondere das Inkrafttreten der IV-Zusatzfinanzierung, die einmaligen Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke im Rahmen des Nachtrags IIa zum Voranschlag 2011 (+834 Mio.) sowie die einmaligen Ausgaben für die Ausfinanzierung der SIFEM AG (+416 Mio.) bei. Gebremst wurde das Ausgabenwachstum durch die umgesetzten Teile des Konsolidierungsprogramms 2012/2013, u.a. die Teuerungskorrektur und die Kompensation vorgezogener Investitionen.

Die wichtigsten Aufgabengebiete entwickelten sich wie folgt:

- Die **soziale Wohlfahrt** verzeichnete mit 11,4 Prozent das stärkste Wachstum aller Aufgabengebiete. Die erwähnten Ausgaben für die IV-Zusatzfinanzierung (1'042 Mio.) sowie die einmalige Einlage von 500 Millionen in die Arbeitslosenversicherung (Abfederung der Frankenstärke) erklären knapp drei Viertel des Wachstums. Unter Ausklammerung dieser Faktoren wuchsen die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt um 3,0 Prozent.
- Das hohe Wachstum der Ausgaben für die **Beziehungen zum Ausland** (7,3 %, +191 Mio.) widerspiegelt den Entscheid des Parlaments, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen.
- Auch die Ausgaben für **Bildung und Forschung** stiegen mit 7,3 Prozent (+442 Mio.) stark an. Knapp die Hälfte des Zuwachses erklärt sich durch die Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke (Kommission für Technologie und Innovation KTI, Forschungsinfrastrukturen ETH, Unternehmertum und Innovation in der Forschung sowie Ausgleichszahlungen für internationale Forschungsprogramme). Ohne diese Massnahmen liegt das Wachstum bei 4,1 Prozent.
- Die Ausgaben für die **Landesverteidigung** wuchsen vor allem aufgrund von Mehrausgaben in den Bereichen Rüstungsgüter sowie Betrieb und Instandhaltung um 3,2 Prozent (+138 Mio.).
- Im Aufgabengebiet **Finanzen und Steuern** waren die Ausgaben wiederum rückläufig (-156 Mio.): Während die Anteile Dritter an Bundeseinnahmen und die für den Finanzausgleich bestimmten Mittel rund 200 Millionen höher lagen als im Vorjahr, gingen die Zinsausgaben um über 400 Millionen zurück.
- Unter Einrechnung der aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte und dem Infrastrukturfonds finanzierten Vorhaben stiegen die Ausgaben für den **Verkehr** im Vergleich zum Vorjahr um 1 Prozent an (+ 84 Mio.). Dämpfend wirkten dabei die rückläufigen Ausgaben für die NEAT. Ohne Berücksichtigung der Fonds sanken die Ausgaben um 2 Prozent (-163 Mio.). Grund dafür sind insbesondere die umgesetzten Teile des Konsolidierungsprogramms 2012/2013, nämlich die Teuerungskorrektur und die Kompensation der mit den Konjunkturstabilisierungsmassnahmen 2009 vorgezogenen Investitionen.